

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 12000 Mark. Einzelne Nummern 500 Mark.  
Verantwortlicher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teil 2500 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtl. Teil 5000 Mark,  
unter Eingeladn. 10000 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellungslisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landes-Kultur- und Denkmalverwaltung, Jahresbericht und Rechnungsabschluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. E. Oskar Edel in Dresden.

Nr. 176

Dienstag, 31. Juli

1923

## Das Finanzprogramm der Reichsregierung.

### Die Entwürfe dem Reichsrat vorgelegt.

Berlin, 31. Juli.

Das Reichskabinett hat eine Reihe von Steuerentwürfen angenommen, die dem Reichsrat vorgelegt sind, dem Reich, dessen Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung immer bedrohlicher anwachsen, in kürzester Frist neue erhebliche Einnahmen zu verschaffen.

Am ersten Stelle steht das Rhein-Nahr-Opfer, das in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil sieht für die leistungsfähigen Einkommensteuerträger, das heißt für diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, die den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen (Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe) eine Abgabe vor, die aufgebaut ist auf den erhöhten Vorauszahlungen zur Einkommensteuer für das dritte und vierte Kalenderdritteljahr 1923 und für das erste Kalenderdritteljahr 1924. Die Abgabe soll in drei Raten bezahlt und mit den gesamten Vorauszahlungen verbunden werden. Die erste Rate soll also noch im August fällig sein. Zweits beschleunigter Einzahlung der zweiten und dritten Rate soll der Vorauszahlungstermin für das dritte Kalenderdritteljahr 1923 vom 15. November 1923 auf den 5. Oktober 1923 und für das erste Kalenderdritteljahr 1924 vom 15. Februar 1924 auf den 5. Januar 1924 vorgelegt werden. Jede der drei Raten soll das Doppelte der eigentlichen Vorauszahlungen betragen. Die erste Rate, die im August fällig wird, wird als das Fünftel der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlung annehmen. Die weiteren beiden Raten im Oktober 1923 und Januar 1924 werden erheblich höher sein, weil infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung mit einer starken Erhöhung der Multiplikatoren für die Vorauszahlungen zu rechnen ist.

Die Erwerbsgesellschaften sollen ein Vielfaches ihrer Körperschaftsteuer für das vergangene Geschäftsjahr entrichten. Die Zahlungstermine sollen die gleichen wie bei den natürlichen Personen sein. Bei den Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, soll die erste Rate, die im August zu zahlen ist, die Hälfte der Körperschaftsteuer für das Geschäftsjahr 1923 multipliziert mit 25 betragen.

Darüber hinaus sollen diejenigen Einkommensträger, die nicht den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen, aber im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als 1 Mill. Mark bezogen haben, mit ein auch als leistungsfähig angesehen werden können, im August das Fünftel und im Oktober und im Januar das Fünftel ihrer Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das jeweils maßgebende Kalenderdritteljahr zahlen.

Weiter sollen nach dem Entwurf zum Rhein-Nahr-Opfer auch die Personenerträge beitragen, die sich den besonderen Aufwand eines Kraftwagens, sei es für ihre persönlichen Zwecke, sei es für die Förderung ihres gewerblichen Betriebes gestatten können. Das Opfer beträgt das Fünftel der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Stande vom 1. September 1923. Bei Kraftfahrzeugen, die der Lastenbeförderung dienen und daher wesentlich in gewerbliche Zwecke eingeordnet sind, soll ein Opfer in Höhe von Fünfteln der Steuer gefordert werden.

Das Rhein-Nahr-Opfer soll von den Steuerpflichtigen, die in den besetzten Gebieten wohnen oder ihren Ort der Leitung haben, sowie von den Steuerpflichtigen, die aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz oder Ort der Leitung unfreiwillig verlorren haben, nicht erhoben werden.

In dieser Beziehung des Gesetzes tritt ein Entwurf über Abänderung einzelner Verbrauchssteuergesetze. Die Biersteuer soll, wie es bereits durch das Biersteuergesetz von 1918 vorgeordnet war, auf etwa 20 Proz. der Steuererträge oder 8 bis 12 Proz. der Kleinverbrauchersteuer erhöht werden, nachdem die vom Reichstag im Juli beschlossene Erhöhung der Biersteuer als ausreichend nicht angesehen werden kann.

Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden, nachdem der Reichstag die Erhöhung der Steuer abgelehnt hat. Die verschiedenen Getränke, die bisher der Mineralwassersteuer unterliegen, werden in die Biersteuer eingegliedert. Der Entwurf will ferner bei der Bier-, Zucker-, Salz-, Zündwaren-, Leinwand-, Spielkarten- und Kohlensteuer durch Verkürzung der Fälligkeitstermine den möglichst ersten Eingang dieser Steuern bewirken. Des weiteren soll der Zahlungsausschub bei Brauereianstalten und Essigsäurewerken beseitigt werden.

Endlich handelt es sich um ein Steuerengesetz, durch das der Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung erhalten soll, für Verzugszinsen und Zinsen, die bei Steuerentwendungen gewährt werden, einen wesentlich höheren Zins als bisher festzusetzen. Die Entwürfe sind bereits dem Reichsrat vorgelegt.

### Forderungen der Sozialdemokratie.

Berlin, 31. Juli.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben sich am Montag mit der sehr ersten politischen und wirtschaftlichen Situation beschäftigt. Sie haben beschlossen, die Fraktion zu Donnerstag 1 Uhr zusammenzuberaufen. Die Fraktion wird zur politischen Situation Stellung nehmen. Angesichts der akuten wirtschaftlichen Not hat der Vorstand sich auch mit den finanziellen Vorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. Er hält sie nicht für weitgehend genug. In der jetzigen Situation können nur äußerste Anstrengungen und drastische Maßnahmen helfen. Der Fraktionsvortrag hält deshalb folgendes Programm für notwendig, das der Regierung sofort unterbreitet wird.

### Das Programm

hat folgenden Wortlaut:  
Die Rettung vor dem drohenden Zusammenbruch der inneren und äußeren Politik, die Vermeidung des sozialen Chaos macht die äußersten und entscheidendsten Maßnahmen notwendig. Erstes Erfordernis sind radikale Anstrengungen der Finanzpolitik zur Verhinderung weiterer Inflation; also Reduktion der Staatskosten durch Steuern und Anleihen. Die Maßnahmen müssen sofort wirksam werden. Es dürfen deshalb keine technischen Schwierigkeiten der Steuererhebung entgegen, weshalb die Anknüpfung an bestehende Steuern notwendig ist. Der einzuhebende Beitrag muß anreizen, um die Rotenpresse zunächst abzubauen und dem Verkauf der Mark Einhalt zu tun. Deshalb ist durchzuführen:

1. Verdreifachte Erhebung der nach dem Brotverbrauchssteuergesetz vorerhöhten Zwangsabgabe.
2. Verdreifachte Erhebung der vorerhöhten Vorauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer.
3. Verdreifachte Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeiträge von 100 000 Mark und der Gewerkschaften und des Einzelhandels.
4. Während der Dauer der Restruktion Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer.
- Abgabe eines Zehnjahreszinses Roggen für den Getreide- oder forstwirtschaftlich benutzten Boden unter Freilassung der Kleinbetriebe.
- Zur Ergänzung ist notwendig:
  1. Sofortige Ablieferung der Lohnsteuer zugleich der Unternehmerumlage unmittelbar nach der Lohn- oder Gehaltszahlung.
  2. Ablieferung aller indirekten Steuern, insbesondere der Umsatz-, Zucker-, Rohlen- und Kohlensteuern spätestens zehn Tage nach Verkauf der Ware.
  3. Restlose Erlegung jeglicher Geldentwertung der Verzugszinsen der Steuerablieferung durch den Zahlungspflichtigen, mindestens Strafumsätze von 200 % pro Monat.

4. Kredite und Stundungen sind vom Reich und von den Betriebsverwaltungen nur vorübergehend in der Regel auf Goldbasis und gegen Goldfuß zu gewähren.  
5. Regelmäßige kurzfristige Anpassung der Tarife der Eisenbahn und Post an die Geldentwertung, ebenso der Gebühren- und Stempeler.

6. Werbefähige gegen Papiermarkt einzahlbare Reichsanleihe. Zinsgarantie der Reichsbank. Schaffung werbefähiger Anlagemöglichkeiten durch die Sportstätten.  
II. Änderung in der Reichsbankleitung zur Wiederherstellung ihres Kreditwürdigkeit und des für die Zentralbank notwendigen nationalen und internationalen Vertrauens.  
Kreditbegrenzung der Reichsbank nur auf Goldbasis gegen Goldfuß. Einführung von Goldkonten und Annahme von Devisendeckungen.

III. Organische Stärkung der Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Zolltarifverschärfung. Möglichenfalls Deklarationszwang mit eidesstattlicher Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes und der im Ausland befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen.

IV. Sofortige Durchführung der Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldfußpolitik bez. durch unmittelbare Entnahme des Reiches an den industriellen Unternehmungen.

### Demokratische Forderungen.

Berlin, 31. Juli.

Der Hauptvorstand der Deutschdemokratischen Partei, der in Gegenwart der Partei angeführten Reichs- und Staatsminister tagte, nahm eine Entschiedenheit an, in der gefordert wird, die Wirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden, sowie die Einzelwirtschaft auf einer rechnerischen Festmark aufzubauen. Die Festmark-Währung ist für alle Steuern, Löhne und Gehälter, die kaufmännische Buchführung im Groß- und Einzelhandel einzuführen. Mit dieser Umstellung der Finanz- und Währungspolitik ist ohne Verzög zu beginnen, um die schlechte Erhebung sofort wirksam direkter Steuern, insbesondere einer Sonderbezugsteuer für den Ruhr-Rohstoffkampf zu ermöglichen, um der Wirtschaftsführung jedes Einzelnen eine festere Grundlage zu schaffen. Sofort sind zur Eindämmung der Inflation werbefähige, allen Volksteilen zugängliche Anleihen aufzunehmen.

### Das Programm der Gewerkschaften.

Berlin, 30. Juli.

Während der letzten Sitzung im Reichstag die Vertreter der sämtlichen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zusammen, um sich nach längerer Aussprache auf ein einziges Programm zu einigen, das Montag nachmittags dem Reichstagsrat unterbreitet wurde. Hauptgegenstand der letzteren Besprechung war die Frage der Lebensmittelversorgung, die von den Gewerkschaften als das Kernstück aller Hilfsmittel bezeichnet wird.

### Das Verlangen nach härtestem Kampf.

Zwickau, 30. Juli.

Der Reichsvorstand des Bezirks West-Sachsen der USPD hat am Sonnabend in Zwickau getagt und beschloffen, ein Schreiben an die Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion zu senden, in dem sofortige einschneidende Maßnahmen und der härteste Kampf gegen die Regierung Cuno verlangt wird. Es wird erklärt, daß der Zusammenbruch der Politik Cuno ein vollkommener sei und die Arbeiterklasse in die äußerste Notlage gebracht habe, deshalb sei die größte parlamentarische und außerparlamentarische Aktivität der Partei nötig, um das Ruhestabenteuer zu beenden, die Sachwerte zu erfassen und der Arbeiterklasse eine antinationalistische Angliederung der Löhne an die umgesetzte Ertragsleistung der Lebenskosten sicherzustellen.

### Reichstagsführung am 8. August.

Berlin, 31. Juli.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am Mittwoch, 8. August, um 2 Uhr nachmittags statt.

### Die Antikriegsbewegung.

Zum Jahrestag des Kriegesbeginns.

O. E. Der Krieg zerstampfte materielle und ideale Werte unter Kulturepoche in solchem Umfang, daß aus diesem Übermaß der Zerstörung nur harte Geschäfte erwanden, die nicht völlig wieder ausgetilgt werden können. Der Abscheu vor dem Krieg, der aus der Erinnerung an erlebte Grauel und Leiden genährt wird, hat sich verbreitet und vertieft, und mit ihm ist eine pazifistische Bewegung von beträchtlicher Stärke entstanden.

Das kann für die weitere Entwicklung als ein Plus gebucht werden. Auch von denen, die bisher den Ausbruch eines Krieges nicht so sehr vom Gefühl der Abneigung oder Zustimmung abhängig wußten, sondern von treibenden ökonomischen Faktoren eines sich selbst zerstörenden Gesellschaftsbaus und von ten Interessen, die national gegliedert, heute politisch diesem Wirtschaftssystem angepaßt sind.

Auch vor dem Krieg gab es Pazifisten. Doch über die Arbeiterklasse hinaus predigten nur Einzelgänger und sie waren Prediger in der Wüste. Die in modernen Denken geschulte Arbeiterklasse aber wußte: Unser Wohnen, unser Appell an das Gewissen der Menschheit, an die Barmherzigkeit leicht zur Verhütung eines Krieges nicht aus. Unser Glaube an den Sieg des Friedens wuzelt vornehmlich in der Kraft, die uns unsere Wägen als künftige Träger einer zum Wohl der Gesamtheit der Völker vorhandenen und organisierten Wirtschaft gibt. Je mehr die Wirtschaft weltumspannend wird, je mehr sie, ihrer wohlgegliederten inneren Organisation in den zielstrebenden Kammernbetrieben der Großindustrie entsprechend auch in ihren gesellschaftlichen Ausdrucksformen und in internationalen Ausmaß vom Zufall, von der Anarchie, vom Willen Einzelner befreit und unter selbstgewollter Weisheit der Völker gestellt wird — vom Zwange wohlverstandener eigener Interessen geleitet — um so weniger bestehen Voraussetzungen künftiger Kriege. Aber — und dieses ist gewichtig — solange die Grundfragen moderner Kriege fortbestehen, können sie doch auf vernünftigen Wege beseitigt, können sie durch Verhinderung geschlichtet werden — wenn der Wille dazu genügend stark ist. Er wird auch nach dem Krieg nicht von den Kabinetten der kapitalistischen Länder ausgehen, wie er vor dem Krieg dort nicht vertreten war; er wird aber von den breiten werktätigen Massen der Völker selber kommen. Denn die Menschen leben, sind nicht tote Schachfiguren; brauchen es zu mindesten nicht sein, und werden in ihren fortgeschrittenen Teilen lebend mit der Entwicklung, die sie gestaltet.

Und so fähig sie denn: Ein Krieg erzwängt uns, ob wir uns Sieger oder Besiegte nennen. Es ist kaum ein Unterschied. Aus unseren Blutröten saugen Wenige gierige Lebenskraft. Und aber bleibt der Verfall. Das erkennen auch Mittelstücken im Volk. Vor dem Krieg glaubte der Mittelstand an einen neuen Aufstieg an der Seite des Großkapitals. Die Intellektuellen fanden der Arbeiterklasse schroff feindselig gegenüber.

Sie gielten durch den Krieg aus dem Gleichgewicht, einem Gleichgewicht, das nur tragfähig sein konnte auch ohne Krieg. Sie waren mit ererbten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorurteilen erfüllt; so sahen sie nicht, daß sie zum werktätigen Volk selber gehörten. Das sehen viele auch heute nicht, ja es recht nicht; mit Dolch und Revolver wären gerade Abkömmlinge verfluchter Mittelstücken gegen die Träger der Republik. Denen messen sie die Schuld an ihrem Gend bei. Rationalistisch erregen, erhoffen sie von einem neuen Krieg Heil und Aufstieg. Es sind Toren, die so zu Verbrechen werden. Ihre Energie ist geschichtlich gesehen, bereits jetzt fähig verfallen. Denn würde sie Erfolg haben, dann würde es fremder Erfolg sein. Der Notwendigkeit, zusammen mit dem Industrieproletariat um den Sieg zu ringen, könnten doch die Mittelstücken nicht entbehren werden.

Aber nicht alle bürgerlichen Kreise werden toll und blind, wie viele, die heute auf die falschen Geheimorganisationen schwören. Man kann freudig feststellen, daß die kriegerischen Gedanken, die ebendenn fast nur in der Arbeiter-